

Waldkatastrophe mit allen Mitteln abwenden

Beschluss des digitalen Deutschlandtages am 29. November 2020

Die Junge Union Deutschlands fordert von der Bundesregierung und den Landesregierungen:

1. eine Entbürokratisierung der Geltendmachung von Kalamitäten nach Sturmschadereignissen
2. die unverzügliche Bezuschussung bei Gewinnung von Nutzholz nach Schadereignissen
3. eine Entbürokratisierung und Freigabe der Zulassung und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln zur Bekämpfung von z. B. des Eichenprozessionsspinners auf betroffenen Flächen.
4. eine Förderung von Brandschutzstreifen an Straßen etc. bei Wieder- und Neuaufforstung.
5. die Aufarbeitung von Schadholz, hervorgerufen durch Forstschädlinge u. ä., im Privatwald personell und finanziell zu unterstützen.
6. für die Förderung des Mulchens und ggf. das Beernten von noch nicht für die Wiederaufforstung bereiteten Flächen Sorge zu tragen.
7. eine Entbürokratisierung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zur Vorbereitung von Pflanzungen zu veranlassen.
8. die Aufforstungsförderung standortspezifisch sowie fachlich und wissenschaftlich fundiert anzupassen und lokalklimatischen Bedingungen anzupassen.
9. bei der Aufforstungsförderung auch klimaresilientere/stabilere Baumarten wie z. B. die Robinie, die Roteiche und die Douglasie zu berücksichtigen .
10. schnellaufwachsende Gehölze als "Windbrecher" an Hauptwetterseiten von Beständen zu fördern.
11. die Personalstruktur in den Forstrevieren wieder stärker zu fördern und auszubauen.
12. durch die Einführung einer Prämie die ökologische Leistung des Waldes zu würdigen.
13. den Waldeigentümern und Förstern den Erhalt der Eigentumsstrukturen zu garantieren und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu ermöglichen.
14. zukünftig sorgfältigere Prüfungen von Konfliktpotentialen bei Vorhaben zur Errichtung von Schutzzonen jeglicher Art und deren Verhältnismäßigkeit walten zu lassen.
15. die Gewinnung des noch nutzbaren Holzes im angrenzenden Privatwald zu fördern.
16. mittels Förderung der aktiven Wiederaufforstung in angrenzenden Privatwäldern das Bild der Regionen zu erhalten.
17. die Aufhebung der veränderten Jagdzeiten auf verbeißende Schalenwildarten im Bundesjagdgesetz für eine entsprechende Anpassung Sorge zu tragen
18. die Altersklassenbewirtschaftung nach Abschussplan im Bundesjagdgesetz bei allen wiederkäuenden Schalenwildarten beizubehalten bzw. wieder einzuführen